

# Leipziger Volkszeitung

### Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. Behörden bestimmt Blatt

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206  
**Volksredaktion:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Taubner Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**  
Taubner Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10 Zeilen, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorteil 40 Pf.  
Stellenangebote 10 Zeilen, Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Verstorbenen die 10 Zeilen, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausm.: die 10 Zeilen, Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorteil 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Oesterreichs Bundespräsident

### Der christlich-soziale Miklas gewählt

SPD Wien, 5. Dezember.

Am Mittwochabend wurde der Präsident des österreichischen Nationalrates, Wilhelm Miklas, im dritten Wahlgang mit 84 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie zum Bundespräsidenten der österreichischen Republik gewählt. Auf den Polizeipräsidenten Schöber entfielen 26 Stimmen. Miklas ist auf vier Jahre gewählt.

Im ersten Wahlgang stimmten die Christlich-Sozialen für Miklas, die Sozialdemokraten für den ersten Staatskanzler der Republik, Dr. Renner, und die Landbündler für den Polizeipräsidenten von Wien, Johann Schöber. Die verfassungsmäßig vorgeschriebene absolute Mehrheit wurde für keinen der Kandidaten erreicht, so daß nachmittags um 6 Uhr ein zweiter Wahlgang erfolgte, der ebenfalls ergebnislos verlief. Die Sozialdemokratie beantragte daraufhin eine Unterbrechung der Bundesversammlung um 2 Stunden und beschloß in ihrer Fraktionsitzung, bei dem dritten Wahlgang leere Stimmzettel abzugeben, um die Wahl des bei der Wiener Bevölkerung wegen der Juli-Vorfälle im vorigen Jahre verhassten Polizeipräsidenten Schöber unter allen Umständen zu verhindern. Der dritte Wahlgang führte dann zur Wahl von Miklas.

Der neue Bundespräsident von Oesterreich hat als christlich-sozialer Abgeordneter eines niederösterreichischen Wahlkreises, wo er Direktor einer höheren Schule ist, bereits dem österreichischen Parlament angehört. In der vorläufigen Nationalversammlung war er es, der am 12. November 1918 für die Christlich-Soziale Partei die Erklärung für die Republik abgab, was für diese Partei eine starke Wandlung bedeutete. Seit fünf Jahren ist Wilhelm Miklas Präsident der Nationalversammlung (neben unserem Genossen Matthias Eidersch) und er hat dieses Amt stets mit allgemeiner anerkannter Objektivität geführt. Als bei den Kund-

gebungen wegen des Kellnerstreiks im Wiener Café Drüch vor kurzem die sozialdemokratischen Abgeordneten Seidel und Jelenka widerrechtlich verhaftet wurden, hat Präsident Miklas sich mit aller pflichtmäßigen Energie für die Rechte des Parlaments gegen die Regierung und ihre Polizei eingesetzt. Miklas ist katholischer Konfessionsangehöriger.

### Erklärung der Sozialdemokraten

SPD Wien, 6. Dezember.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte veröffentlicht nachfolgende Erklärung:

Die Sozialdemokratische Partei war bereit, jedem außerhalb der Parteien stehenden Wahlbewerber, der die Achtung und das Vertrauen aller Parteien genießt, ihre Stimme zu geben, um die Wahl eines Ackerkulten zu verhindern. Die Großdeutschen und Landbündler haben jedoch die provokatorische Kandidatur des Johann Schöber aufgestellt. Damit war selbstverständlich jede Möglichkeit eines Zusammengehens mit den Großdeutschen und Landbündlern zur Wahl eines Nichtkandidaten geschwunden. Die Sozialdemokratische Partei hätte Herrn Dr. Hainisch oder jeden anderen außerhalb der Parteien stehenden freiheitlichen Ehrenmann einem Ackerkulten vorgezogen. Aber die Sozialdemokratie zieht jeden persönlich achtbaren Ackerkulten einem Johann Schöber vor. Daher hat der Verband, nachdem er in zwei Wahlgängen seine Stärke gezeigt hatte — sein Kandidat erhielt nur drei Stimmen weniger als der gewählte Bundespräsident — beschlossen, im dritten Wahlgang leere Stimmzettel abzugeben und dadurch den von den Großdeutschen und Landbündlern unternommenen Anschlag auf die Ehre der Republik und auf den Frieden in der Republik sofort und vollständig abzutun. Diese Entscheidung ist dem Verband am so leichter geworden, als der heute gewählte Herr Bundespräsident unbeschadet aller politischen Gegensätze als Präsident des Nationalrats das Vertrauen auch der sozialdemokratischen Abgeordneten erworben hat.

## Das Leipziger Messamt

### Der Gegenwart für Subventionen

Auf Beschluß des Reichstages wurde im März dieses Jahres in den Etat des Reichswirtschaftsministeriums im Kapitel E 6 ein neuer Titel 10 eingefügt, nachdem zur Förderung des deutschen Ausstellungs- und Messewesens 1.200.000 Mark bewilligt wurden. Eine besondere Anmerkung dazu erklärt: „Davon für die Förderung der Leipziger Messe 800.000 Mark“. Die Stadt Leipzig zahlt dem Messamt eine offen ausgewiesene Subvention von 200.000 Mark unter der Voraussetzung, daß der sächsische Staat die gleiche Summe bewilligt. Demzufolge bezieht das Messamt nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge für das Jahr einen Betrag von 1.200.000 Mark, die vom Reich, von Sachsen und der Stadt Leipzig bewilligt werden.

Man kann über den Wert oder den Unwert dieser Subventionen geistlicher Meinung sein. Jedenfalls ist die Leipziger Messe gegenwärtig noch immer ein bedeutender Faktor im deutschen Wirtschaftsleben. Ein großer Teil der Subventionsbeträge fließt in die Propagandaabteilungen des Messamts. „Die Verlagsanstalt des Leipziger Messamts G. m. b. H., Leipzig, Postplatz 6.“ gibt unter dem Titel W.E.Z. eine besondere Wirtschafts- und Exportzeitung heraus. Sie firmiert als „Fachblatt für die deutschen Fertigwaren-Industrien“. Dieses Organ erscheint mit Ausnahme der Messen wöchentlich. In der Nummer 46 vom 14. November befindet sich u. a. ein Aufsatz, der mit dem Stichwort „Beneidenswerte Rücklagen“ versehen wurde.

Der Artikel befaßt sich mit den Leistungen der deutschen Sozialversicherung. In ihm sind alle jene Angriffe zusammengefaßt, die von der reaktionären Presse gegen die deutsche Sozialversicherung gerichtet wurden. Wir haben ganz gewiß keinen Anlaß, den heutigen Stand der Sozialversicherung als paradiesisch anzusehen, und gerade in diesen Spalten ist auf die Unzulänglichkeit der Versicherungsleistungen oft verwiesen worden. Dazu sei aber festgestellt, daß gerade diejenigen Parteien des Reichsparlaments, die politisch die Interessen der deutschen Fertigenindustrie vertreten, konsequent jede Verbesserung im Sinne der sozialdemokratischen Anträge verhindert haben. Das weiß naturgemäß auch die Redaktion der W.E.Z., trotzdem bringt das Organ des Messamts einen Aufsatz, der geradezu von Verdröhnungen strotzt.

Mit den „beneidenswerten Rücklagen“ sind die Vermögensbestände gemeint, die die verschiedensten Versicherungsträger gesetzlich machen müssen. Der Verfasser, Meier ist sein Name, zeigt, daß die Vermögensbestände der Versicherungsträger am 1. Januar 1928 2668 Millionen Mark betragen haben. Herr Meier schildert die Kapitalnot in der gesamten Industrie, über die gewiß recht viel zu sagen wäre, und kommt dann zu folgendem Schluß:

„Zunehmend dürften die Rückstellungen keinen so starken Widerspruch gegen die sonstigen Leistungen einer Kaffe zeigen, wie es bei den Sozialversicherungen geschieht, denn die Leistungen sind oft geringfügig und werden zuweilen nur nach großen Bemühungen der Leistungsempfänger gezahlt.“

Was es mit den Rentenquerschnittsmethoden in der Unfallversicherung auf sich hat, das wurde in der Öffentlichkeit an der Hand Tausender von Beispielen dargelegt. Wenn aber der Verfasser dieses Aufsatzes in der W.E.Z. ungehindert über ungeschickliche Vergewaltigung von Geldern schreibt, dann werden sich für die Subventionen in Frage kommenden Instanzen mit diesen Propagandamethoden eingehend beschäftigen müssen. Er schreibt:

„Wesentlich freigebiger ist man (bei den Versicherungsträgern die Red.) bei den Verwaltungskosten.“

Der Verfasser weist auf die Zersplitterung in der Sozialversicherung hin. Die sozialdemokratische Fraktion hat immer auf Zusammenlegung hingedringt, und zuletzt war es der Hamburger Gewerkschaftskongress, der entsprechende Forderungen an die Reichsregierung gerichtet hat. Ob die Vertreter der Fertigwarenindustrie im Reichstage diesen Rationalisierungsvorschlägen beitreten werden, dürfte vorerst noch höchst zweifelhaft sein. Sie werden sich dazu nur entschließen wollen, wenn ein fester Einfluß der Unternehmerinteressen in den Versicherungsträgern gesteigert wird. Um aber an der Hand eines konkreten Beispiels nachzuweisen, was es mit den Beschlüssen der W.E.Z. auf sich hat, nach denen man bei den Verwaltungskosten so freigebig ist, weswegen die Leistungen oft „geringfügig“ seien, und die „zuweilen nur nach großen Bemühungen der Leistungsempfänger gezahlt“ würden, sei auf die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig hingewiesen.

Der Redaktion der W.E.Z. wäre es ein Leichtes gewesen, sich dieses Tatsachenmaterial zu verschaffen, um an der Hand dessen nachzuprüfen, inwieweit die Angriffe des Artikel-schreibers berechtigt sind. Das aber war nicht die Absicht der W.E.Z. Darum sei in aller Deutlichkeit und wiederholt festgestellt, daß die Leipziger Ortskrankenkasse vom Januar bis einschließlich Oktober 1928 Ausgaben in Höhe von 22.512.534 Mark machte. Davon wurden im gleichen Zeitraum für Sachleistungen (Arzt Honorar, Krankenhausbehandlung, Heilmittel, Arznei usw.) 10.805.478 Mark ausgezahlt. In

## Hamburg und Preußen

### Vor der Verständigung

SPD Hamburg, 5. Dezember.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun wollte am Mittwoch in Hamburg. Abends wurde er durch den Hamburger Senat im Rathaus empfangen. Bürgermeister Dr. Petersen legte bei dieser Gelegenheit in einer längeren Rede ein Treuebekenntnis zum Einheitsstaat ab. Die Idee des Einheitsstaates gebe auch, wie Petersen betonte, sichere Gewähr, daß die zwischen Preußen und Hamburg schwebenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Das große Problem, das diese Verhandlungen beherrsche, sei das Problem der Hafengemeinschaft. Weiter sei die Wohnungsfrage Gegenstand wichtiger Zusammenarbeit und es sei für die Arbeiterklasse nur zu wünschen, wenn auf der Grundlage einer Verständigung mit Preußen neue bessere Wohnungsmöglichkeiten erschlossen werden könnten. Die Rede Petersens schloß mit einem Hoch auf den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und die preußische Staatsregierung.

In seiner Antwort betonte der preußische Ministerpräsident, daß der Hamburger Bürgermeister nicht so sehr als Hamburger, sondern vielmehr als Deutscher gesprochen habe; diesem Beispiele werde er folgen. Durch die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg seien die Voraussetzungen für eine gedeihliche Gesamtentwicklung eines großen Welthafens im Unterelbegebiet zum Nutzen Hamburgs, der umliegenden preußischen Gemeinden und zum Nutzen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes geschaffen worden. Wenige Wochen gemeinsamer Arbeit hätten genügt, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Wenn auch Einzelheiten noch zu regeln seien, so sei es doch gelungen, am Nachmittag bereits eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die die wichtigsten Gebiete und die Grundlinien für die zukünftige Zusammenarbeit Hamburgs und Preußens festlegte.

Der preußische Ministerpräsident schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß dieses Beispiel Hamburgs und Preußens bahnbrechend und richtunggebend für die gesamte Neugliederung des Deutschen Reichs werden möge. Die Landesgrenzen seien im Falle Hamburg-Preußen zwar noch nicht beseitigt, aber sie seien überwunden worden, weil sich die Unterhändler bei diesen Verhandlungen nicht als Hamburger und nicht als Preußen fühlten.

### Der Kellogg-Pakt wird ausgeführt

Die Stoda-Werke (Tschekowolawski) errichten in Pischehischen eine neue Munitionsfabrik. Der diesbezügliche Vertrag der Gemeinde Pischehischen mit den Stoda-Werken wurde bereits seitens der Bezirksverwaltung von Staat genehmigt.

Der Schah von Persien hat nach Meldungen aus Teheran, an italienische und türkische Firmen Aufträge für den Bau von zwei Zerstörern und vier kleineren Kriegsschiffen erteilt.

## 36 Milliarden Reparationssumme?

SPD Brüssel, 5. Dezember.

Von gut unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent des Sozialistischen Brüssel, daß die Einigung über die Gesamtsumme der Reparationen im Betrage von 36 Milliarden Mark nahe bevorzuehen soll. Die Zahlungsbedingungen für Deutschland sollen ziemlich günstig sein. Andererseits glauben die Alliierten jetzt mit einem starken Entgegenkommen Amerikas rechnen zu dürfen.

Die belgische Forderung auf Einführung der Papiermark wird lediglich in Reserve gehalten, um eine Herabsetzung der bisherigen Einkünfte Belgiens aus den Reparationen zu verhindern.

## Arbeiterpartei und Rheinlandpolitik

### Fragen an Chamberlain

SPD London, 5. Dezember.

Im Unterhause kam am Mittwoch auf Veranlassung einer Reihe von Abgeordneten der Arbeiterpartei die Frage der Rheinlandbesetzung wiederum zur Sprache. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Wedgwood, fragte den Außenminister, ob nach der Auffassung der Regierung die Räumung des Rheinlandes von der Zustimmung Deutschlands zu einer Neuregelung der Reparationsfrage abhängig gemacht werden solle. Als Antwort verlas der Außenminister auf seine am Montag abgegebene Erklärung. Wedgwood fragte hierauf, ob diese Antwort vom Montag die Regierung zu einer Unterstüßung der französischen Wünsche verpflichte, worauf Chamberlain die bezeichnende Antwort gab, eine derartige Frage wolle vorher eingereicht werden, da ihre Beantwortung „weit über Großbritannien hinaus gelesen“ werde.

In Beantwortung einer weiteren Frage stellte Chamberlain fest, er wisse nichts von einer offiziellen französischen Ausrufung, wonach die Aufhebung der militärischen Kontrolle im Rheinland von der Durchführung eines Planes zur Liquidierung der deutschen Reparationsverpflichtungen abhängig gemacht werden solle. Chamberlains Aufmerksamkeit wurde hierauf von sozialistischer Seite auf die gemeinsame Erklärung Wilsons, Clemenceaus und Lloyd Georges im Juni 1919 gelenkt, in der eine von der heutigen offiziellen britischen Interpretation verschiedene Auslegung des Artikels 481 des Friedensvertrages gegeben worden sei. Der Außenminister erklärte, daß er von diesem Dokument Kenntnis genommen habe.